

**Rede
des Abgeordneten**

Mustafa Erkan MdL

zu TOP Nr. 35

**Seenotrettung jetzt – Konsequenzen aus
Flüchtlingskatastrophen auf dem Mittelmeer ziehen**

während der Plenarsitzung vom 16.07.2015
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Präsident,
meine Damen und Herren,

heute setzen wir alle, wir als Niedersächsischer Landtag, gemeinsam ein wichtiges Zeichen für die Rettung von Flüchtlingen und Asylsuchenden mit der Behandlung der beiden Anträge.

Es kommt häufig vor, dass wir uns bei vielen Themen nicht einig sind und es kommt auch häufig vor, dass wir uns bei vielen Themen streiten. Um so wichtiger ist es aber, Momente wie diese hier zu haben, in denen alle Fraktionen – SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und die CDU – eine gemeinsame Sprache sprechen.

Ich möchte es aber noch einmal betonen: Es war noch nie in den letzten Jahren so dringend wie jetzt, zusammen anzupacken – und das nicht nur auf kommunaler Ebene, im Landtag sowie Bundestag – sondern es braucht auch eine gemeinsame europäische Verantwortung. Viele Menschen da draußen sind auf unser Handeln angewiesen. Deshalb freut es mich, dass wir mit den beiden Anträgen versuchen, unseren Teil der Verantwortung für eine weltpolitische Herausforderung zu übernehmen, der wir uns als Politik aber auch als Gesellschaft stellen müssen.

Unsere gemeinsame Initiative zur Verbesserung bei Flüchtlings- und Asylpolitik ist ein guter und notwendiger Schritt von vielen weiteren, die wir noch gehen müssen und hoffentlich gemeinsam gehen werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

denn wenn wir uns die Weltlage anschauen, wirkt es so, als gäbe es in naher oder ferner Zukunft keine schnelle Besserung: Das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung ermittelte für das Jahr 2014 21 laufende Kriege. Ob in Syrien, Irak, Somalia oder in der Ukraine – in all diesen Ländern herrschen Terror, Tyrannei und Todesangst.

Die Folgen dieser Kriege sind dramatisch. Tausende Kinder, Jugendliche, Frauen und Männer sterben durch Waffengewalt. Millionen von Menschen sind aus diesen Gründen auf der Flucht davor, um nicht demselben Schicksal zu unterliegen. Die letzte UNHCR-Studie vom 18. Juni 2015 ergab, dass Ende 2014 insgesamt 59,5 Millionen Menschen ihre Heimat verlassen haben – verlassen mussten! Das heißt: Fast 60 Millionen Menschen sind auf der Flucht. Sie fliehen, weil sie auf der Suche nach Sicherheit und einem neuen Zuhause sind.

Besonders erschütternd fällt ein weiterer globaler Negativrekord ins Auge:

- 51 Prozent aller Flüchtlinge sind noch keine 18 Jahre alt. Es handelt sich dabei um einen Anstieg von 41 Prozent innerhalb von nur fünf Jahren.
- Auch die Zahl der unbegleiteten Kinder, die 2014 um Asyl suchten, ist auf die alarmierende Zahl von über 34.000 Menschen gestiegen.

Meine Damen und Herren,

es ist unsere moralische und humanitäre Pflicht, diesen Menschen zu helfen.

Wir sind verpflichtet, so vielen Menschen wie möglich Zuflucht zu bieten. Es ist eine Frage des Anstandes und eine Frage der internationalen Solidarität.

Hier bei uns in Niedersachsen haben wir bereits in diesem Jahr 14.694 Asylanträge verzeichnet und es werden noch weitere Menschen zu uns kommen.

An dieser Stelle geht ein ganz besonderer Dank an unseren Innenminister Boris Pistorius und an unsere Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe Doris Schröder-Köpf, für ihr Herzblut, den Einsatz und ihr unermüdliches Engagement für die Flüchtlinge und Asylsuchenden. Dank ihrer guten Arbeit haben wir in Niedersachsen schon viel für die Menschen tun können.

In der Bundesrepublik gibt es seit langem klare Regeln für die Verteilung von Flüchtlingen. Der Europäischen Union fehlen jedoch diese klaren Verfahren zur Verteilung von Asylsuchenden und Flüchtlingen. Die Dublin-III-Verordnung behindert sogar eine faire und vernünftige Zuständigkeit für die Flüchtlingsaufnahme. Das führt zu einer Überforderung speziell der südosteuropäischen Staaten.

Am meisten trifft dieser Missstand die Menschen, die vor Leid, Elend und Krieg geflohen sind. Es trifft die Flüchtlinge, die sich zum Zeitpunkt der Antragsstellung in einer existentiellen Lebenssituation befinden. Deshalb muss die Dublin-III-Verordnung geändert werden, hin zu mehr Gerechtigkeit, mehr Fairness und noch mehr Humanität. Zudem müssen wir uns mehr als bisher Gedanken darüber machen, unter welchen Bedingungen Flüchtlinge und Asylsuchende sicherer nach Europa einreisen können.

Viele Menschen lassen ihr letztes Hab und Gut sowie ihre letzten Erinnerungen an ihre Heimat zurück, entscheiden sich ihre Heimat zu verlassen, indem sie sich einer lebensbedrohlichen Gefahr aussetzen: Sie versuchen das Mittelmeer zu überqueren. Sie sind sich gewiss darüber im Klaren, dass es eine Reise ohne Ankunft sein kann.

Was bietet sich diesen Menschen alternativ als Handlungsmöglichkeit?! Die sichere Qual verbunden mit dem Tod in der eigenen Heimat?

Die Mittelmeerüberquerung stellt für die Flüchtlinge den letzten Funken Hoffnung dar, es ist der letzte Ausweg vor Elend und Leid und bei erfolgreicher Überquerung ein Leben zu leben – mit Perspektive und Zukunft!

Viele schaffen es nach Europa. Einige auch bis zu uns nach Niedersachsen und beginnen hier ein neues Leben.

Meine Damen und Herren,

die Flucht übers Mittelmeer endet aber für viel zu viele Menschen tödlich.

Ich möchte hier nur an zwei der großen Unglücke erinnern: Im Oktober 2013 starben beim Schiffsunglück vor Lampedusa, Hunderte Menschen, darunter auch viele Kinder und Jugendliche. Hilfsschiffe trafen nicht rechtzeitig ein. Am 18. April 2015 starben bei einem Schiffsunglück 130 Kilometer vor der libyschen Küste fast 900 Menschen, auch hier viele Kinder und Jugendliche.

Meine Damen und Herren,

deshalb brauchen wir einen Ausbau der Seenotrettung. Neben der Unterstützung durch die Bundesmarine sind weitere vergleichbare Initiativen, wie die leider eingestellte italienische Seenotrettungsmission „Mare Nostrum“, vonnöten, damit der Fall der tragischen Unglücke bei Mittelmeerüberquerungen wenigstens reduziert werden kann. Wir müssen uns intensiv darum bemühen, ausreichend legale und sichere Einreisemöglichkeiten für Schutzsuchende zu schaffen – damit Seenot kein Thema mehr wird! Deshalb müssen wir bereit sein, hier bei uns in Europa mehr Flüchtlinge aufzunehmen und unserer Verantwortung gerecht werden. Es gibt ja Vorbilder: Die Türkei hat mit fast zwei Millionen weltweit die meisten Menschen aufgenommen. Danach folgen Pakistan und Libanon mit ähnlich hohen Zahlen. Die meisten Mitgliedsstaaten der Europäischen Union rangieren dagegen weit hinten.

Meine Damen und Herren,

die Bundesregierung und die EU müssen Tempo aufnehmen. Lassen Sie uns gemeinsam zum Wohle der Menschen, die vor Leid, Elend und Krieg fliehen, mithelfen, dass es auch auf den anderen politischen Ebenen zu schnelleren, effektiveren gemeinsamen Lösungen kommt.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.